

**Rede
des sozial- und gesundheitspolitischen Fraktionsspre-
chers**

Uwe Schwarz, MdL

zu TOP Nr. 9

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammer-
gesetzes für die Heilberufe in der Pflege**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Drs. 18/357

dazu

Bessere Pflege für Niedersachsen und Deutschland

Antrag der Fraktion der FDP – DRs. 18/374

während der Plenarsitzung vom 27.02.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

280.000 Menschen allein in Niedersachsen sind pflegebedürftig. 2020 werden es schon 350.000 sein.

3000 Pflegekräfte fehlen bei uns, 2020 werden es schon 30.000 sein, bundesweit 300.000. (2050)

Die Zahlen sind u. a. nachzulesen im aktuellen Niedersächsischen Landespflegeplan und insofern auch im Antrag der FDP korrekt.

Die Situation in der Pflege ist eine unserer größten Herausforderungen, aber sie ist nicht vom Himmel gefallen. Die Zahlen sind schon seit 15 Jahren bekannt. Sie hängen mit der demografischen Entwicklung zusammen und sie sind jahrelang politisch verniedlicht und ignoriert worden, und zwar von der Kommune bis zum Bund.

Die Pflegeversicherung war seit 20 Jahren deutlich unterfinanziert. Ihr Konstrukt als Teilkaskoversicherung ist ein Systemfehler. In Niedersachsen wurde noch 2012 ein drohender Pflegenotstand bestritten und jeder unserer Anträge zur Einführung tariflichen Bezahlung und zur Einführung einer Ausbildungsumlage abgelehnt.

Ich erspare der FDP einen erneuten Hinweis, welche Rolle sie dabei gespielt haben

Erstmals hat die große Koalition das Thema in der vergangenen Legislaturperiode ernsthaft angepackt:

Auf Bundesebene wurden Leistungen deutlich angehoben, ambulante Pflege gestärkt, Menschen mit Demenz endlich einbezogen, der Dokumentationsaufwand mit Beikirch-Modell wurde deutlich reduziert. In Niedersachsen haben 80 Prozent der Einrichtungen bestätigt, dass sich ihr Zeitaufwand erheblich verringert hat.

Die Ausbildung in der Alten- und Krankenpflege wurde endlich zusammengeführt. Jetzt geht es an die Umsetzung.

Übrigens ist es interessant, dass die FDP in ihrem Antrag eine integrative Ausbildung der Pflegekräfte fordert. Als SPD, CDU und Grüne vergangenes Jahr hier massive für die generalistische Pflegeausbildung gekämpft haben, war die FDP allein zu Hause (bzw. dagegen).

Auf der Landesebene wurde unter Cornelia Rundt die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege gesetzlich abgesichert (8 Millionen Euro pro Jahr), ein modernes Heimgesetz geschaffen, alternative Wohnformen gefördert mit einer Million Euro, Pflege- und Seniorenstützpunkte für die Pflegeberatung zusammengeführt. Ab 2017 wurden zusätzlich 6 Millionen Euro für Modelle zur Stärkung ambulanter Pflege im ländlichen Raum eingestellt. Damit stehen seit 2017 mehr als 50 Millionen Euro Landesmittel für die ambulante Pflege zur Verfügung.

Wenn ich mir unsere Koalitionsvereinbarung auf Landesebene ansehe und die mögliche Vereinbarung auf Bundesebene, dann ist fast alles, was im FDP-Antrag steht, entweder schon umgesetzt oder geplant.

Die Betonung liegt auf fast!

Über die Pflegekammer haben wir hier in der vergangenen Wahlperiode lebhaft gestritten, das muss ich nicht alles wiederholen. Für uns ist das ein Mosaikstein, um die Pflegekräfte als größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen endlich auf Augenhöhe einzubeziehen. Da SPD und CDU hier unterschiedliche Positionen hatten, haben wir einen fairen Kompromiss gefunden.

Die Einrichtung befindet sich bekanntlich in der finalen Umsetzung und die Kammerversammlung wird nächsten Monat erstmalig gewählt. Wir werden deren Wirkung zur Hälfte der Legislaturperiode überprüfen und ggf. korrigieren.

Wenn die FDP jetzt die Pflichtmitgliedschaft erneut abschaffen will, dann wissen Sie ganz genau, dass dieses bei Kammern verfassungsrechtlich nicht geht. Wenn Ihnen das aber so wichtig ist, dann stellen Sie bitte einen Antrag, die Pflichtmitgliedschaft durch Änderung der Verfassung in allen Kammern, also auch

Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Landwirte, usw. abzuschaffen. Das wäre folgerichtig und Sie hätten uns sofort auf Ihrer Seite. Lediglich die Pflegekammer parteipolitisch instrumentalisieren zu wollen, ist sonst doch etwas zu durchsichtig.

Und dann fordert die FDP mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und in der Pflege und fabuliert von „Staatsmedizin“.

In keinem Sozialversicherungszweig gibt es mehr Wettbewerb als in der Pflege und in keinem Bereich sind die Probleme größer.

Ihre Ausrichtung als Teilkaskoversicherung fördert einen Wettbewerb um das billigste Angebot und nicht um die beste Qualität.

Die Folgen sind zwischenzeitlich katastrophal: Fachkräfte in der Altenpflege verdienen bis zu 800 Euro weniger im Monat als Fachkräfte in der Krankenpflege. Einrichtungen führen keine Pflegesatzverhandlungen, um konkurrenzfähig zu bleiben, die Sozialhilfe will keine höheren Kosten.

Der Pflegerahmenvertrag, den die Landesregierung nach Meinung der FDP durchsetzen soll, aber dies rechtlich gar nicht kann, soll mehr Personal bringen. Dass war das Ziel der Bundesregierung.

In Niedersachsen steht dieser Vertrag vor dem Schiedsgericht, weil ein großer privater Verband, deren Präsident Rainer Brüderle ist, zwar mehr Personal bezahlt bekommen will, sich aber weigert, das Mehr an Personal nachzuweisen.

Der Tarifvertrag Soziales, der letztes Jahr zum Greifen nah war, ist in Niedersachsen am gleichen privaten Verband gescheitert, und die FDP hat ihn im Landtag ebenfalls abgelehnt.

Ich sage Ihnen: Es muss endlich Schluss damit sein, dass schlechte Bezahlung in der Altenpflege ein Wettbewerbsvorteil ist.

Die Wertschätzung in der Pflege, insbesondere der Altenpflege, lässt sich nicht durch immer neue Imagekampagnen verbessern, sondern vor allem durch eine anständige, tarifliche Bezahlung.

In der Krankenversicherung führt der Wettbewerb zwischen privater und gesetzlicher Versicherung dazu, dass die Einen keinen zeitnahen Termin bekommen und sich ihr Gesundheitszustand verschlimmert, und die Anderen eine völlig überflüssige Volldiagnostik aller vorhandenen Geräte und Möglichkeiten zur Gewinnmaximierung des Behandlers.

Das Wohl der Patienten im Mittelpunkt der medizinischen Versorgung ist zunehmend ein frommer Wunsch. Dieser Wettbewerb macht im wahrsten Sinne des Wortes krank.

Krankheit, Pflege, Invalidität und Altersprobleme sind unabhängig vom Einkommen unvorhersehbare Wechselfälle des Lebens. Sie sind für uns weder Ware noch Wettbewerbsparameter. Sie sind Kernbereiche unserer staatlichen Daseinsvorsorge und ein wichtiger Garant des sozialen Friedens.

Sie sind für uns nicht verhandelbar.